

Beschluss der Mitgliederversammlung der ASG Berlin (vom 8.10.2014)

Antrag zum Landesparteitag am 8. November 2014

Diskriminierungspraxis der KV Berlin gegenüber medizinischen Versorgungszentren (MVZ) beenden!

Die ASG-Mitgliederversammlung möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senats sowie die sozialdemokratischen Abgeordnetenhausmitglieder werden aufgefordert, der Benachteiligung medizinischer Versorgungszentren (MVZ) in Berlin seitens der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin ein Ende zu setzen. Einzelne MVZ können ihnen zustehende Honorare für erbrachte Leistungen regelmäßig nur in gerichtlichen Verfahren gegenüber der KV Berlin erstreiten. Diese Diskriminierungspraxis gilt es, im Rahmen der Rechtsaufsicht des Landes Berlin zu beenden.